



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 6. Dezember 2021  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **B 83 Planungsbericht über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Die Botschaft B 83 und das Postulat P 496 von Pia Engler über die Stellenaufstockung in den Ambulatorien der Luzerner Psychiatrie (Lups) werden als Paket behandelt.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Jim Wolanin.

Jim Wolanin: Der letzte eigenständige Planungsbericht über die Psychiatrie im Kanton Luzern wurde 1995 erstellt. Danach war die psychiatrische Versorgung jeweils Teil der Gesamtplanung Gesundheitsversorgung, zuletzt im entsprechenden Planungsbericht aus dem Jahr 2015. Der vorliegende Bericht wurde von uns 2018 mittels eines Vorstosses von Yvonne Zemp Baumgartner bestellt. Der Bericht wurde von der Dienststelle Gesundheit und Sport und dem Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) des Kantons Luzern erarbeitet. Zudem waren sehr viele Akteure in die Erarbeitung involviert. Eine breit abgestützte Gruppe wurde als Echogruppe aktiv beigezogen und hat den Bericht mitgestaltet. Entstanden ist ein wichtiges Gesamtwerk. Laut dem Bericht hat sich die Versorgungsregion von Luzern, Obwalden und Nidwalden bewährt. Der Bericht zeigt auf, dass wir im Kanton Luzern eine hohe Angebotsauslastung aufweisen, zudem verfügen wir über lange Wartezeiten für Erwachsene, Kinder und Jugendliche. Die Situation wird durch eine generelle Zunahme der psychiatrischen Leistungen weiter verschärft. Die Gründe dafür sind unter anderem die demografische Entwicklung und die Entstigmatisierung. Der ambulante Bereich ist unterfinanziert, dies weil die Krankenversicherung nur einen Teil der effektiven Leistungen abdeckt. Der Bericht enthält vier Schwerpunkt-Massnahmen: eine Benchmark-gerechte Abgeltung von ambulanten Leistungen, den Abbau der Wartezeiten im ambulanten Bereich, den Ausbau von Fachsprechstunden für Kinder- und Jugendliche und die Schaffung eines zeitnahen und niederschweligen Zugangs zu einem Kriseninterventionszentrum. Dazu kommen noch drei weitere Massnahmen: die Schaffung eines Traumazentrums, die Überprüfung der Suchtberatung und die Stärkung der Akutversorgung für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung. Alle, welche sich seriös mit der psychiatrischen Versorgung in unserem Kanton befasst haben, wissen, dass es noch viel mehr Ansatzpunkte gäbe. Beim Planungsbericht hat man sich aber auf das wirklich Notwendige fokussiert. Die Umsetzung dieser Massnahmen benötigt vorderhand im Jahr 2023 800 000 Franken und ab 2024 1,65 Millionen Franken. Je nach Umsetzung wird das aber nicht reichen. An der Sitzung vom 15. November 2021 hat die GASK den Planungsbericht eingehend beraten. Die Kommission hat sich mit neun Anträgen befasst. Zu erwähnen ist, dass diverse Anträge während der Kommissionssitzung als Kompromisslösungen erarbeitet wurden. Es wurde beantragt, dass man eine Bemerkung überweist, welche besagt, dass man unmittelbar 32 zusätzliche therapeutische Vollzeitstellen besetzen soll. Der Antrag wurde mit 7 zu 3 Stimmen bei

2 Enthaltungen abgelehnt mit der Begründung, dass die Finanzierung der offenen Stellen sichergestellt ist und die Besetzung nicht Gegenstand des Planungsberichtes ist. Ein weiterer Antrag forderte, dass der Kanton spezifische therapeutische Angebote unterstützt, bis die langen Wartezeiten des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (KJPD) abgebaut sind. Dieser Antrag wurde einstimmig überwiesen. Weiter wurde gefordert, dass im Rahmen der Auslegeordnung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) im Rahmen des Postulats P 621 überprüft wird, welche psychotherapeutischen Leistungen erbracht und wie diese abgegolten werden. Dieser Antrag wurde mit 7 zu 5 Stimmen angenommen. Weiter wurde einstimmig eine Bemerkung überwiesen, welche fordert, dass bei der Erarbeitung des Konzeptes für das Kriseninterventionszentrum auch die einschlägigen Fachstellen einbezogen werden sollen. Ebenfalls einstimmig wurde die Bemerkung überwiesen, welche die Prüfung des Bezugs der schulunterstützenden Dienste vorsieht. Ein Antrag forderte, dass der Kanton ein Konzept vorlegt, welches den Fachkräftemangel im Bereich der psychiatrischen Grundversorgung betrachtet, und eine Ausbildungsinitiative startet. Dieser Antrag wurde mit 9 zu 3 Stimmen abgelehnt mit der Begründung, dass man die Thematik im Zusammenhang mit der Pflegeinitiative gesamtheitlich angehen möchte. Weiter wurde einem Antrag einstimmig zugestimmt, welcher fordert, dass der Kanton dafür sorgen soll, dass es in unserem Kanton Angebote für die Beratung der Angehörigen gibt. Der Antrag, welcher verlangte, dass der Kanton Massnahmen zur Förderung der Selbständigkeit der Betroffenen unterstützt, wurde mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit der Kommission ging davon aus, dass die Förderung der Selbständigkeit ein Kernauftrag der Versorgung sei und sich somit die Bemerkung erübrigt. Der Antrag, welcher verlangte, dass der nächste Planungsbericht in sechs Jahren dem Kantonsrat zur Beratung vorgelegt wird, wurde zurückgezogen, da die Regierung versicherte, dass der neue § 3 des Gesundheitsgesetzes vorsieht, dass mindestens alle sechs Jahre ein Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung zu erstellen ist, dazu gehört auch die psychiatrische Versorgung. Bei der Schlussabstimmung wurde der Planungsbericht einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte Sie, diesen wichtigen Planungsbericht ebenfalls zu unterstützen. Ein Dankeschön geht an Regierungsrat Guido Graf und sein Departement sowie an alle involvierten Personen, insbesondere an die Echogruppe, welche sich hier eingehend eingebracht haben.

Für die Mitte-Fraktion spricht Gerda Jung.

Gerda Jung: Die Mitte des Kantons Luzern ist sehr erfreut über die Erarbeitung des vorliegenden Planungsberichtes über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern. Auch begrüsst sie, dass ein Bericht entstanden ist, welcher explizit für den ganzheitlichen Bereich der psychiatrischen Versorgung erstellt wurde. Es ist ein Werk, das den stationären wie den ambulanten Bereich im Jetztzustand und für die Zukunft ersichtlich macht und auch klar Handlungsbedarf aufzeigt. So sind die Bereiche der ganzen Versorgungsregion Luzern und Obwalden und Nidwalden in der Erwachsenen- und Alterspsychiatrie sowie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die Herausforderungen in der Psychiatrie, Angebotsmöglichkeiten und Finanzierungswege im ambulanten und stationären Auftrag, aber auch zukunftsgerichtete Massnahmen – also ein Konzept für ein Kriseninterventionszentrum – offen mit Zahlen und Fakten beschrieben. Daraus ist auch zu entnehmen, dass im Bereich der Wartezeiten für Beratung und Therapie und für den Ausbau der Fachsprechstunden im Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbereich ein grosser Handlungsbedarf besteht. Die Finanzierung im ambulanten Bereich ist zu klären. Das Konzept und die Umsetzung für ein Kriseninterventionszentrum erachtet die Mitte als ein wichtiges Zeichen für verschiedenste Hilferufe auch für Angehörige und weitere Bedürfnisse in der psychiatrischen Versorgung. Ausserdem sieht man einen grossen Handlungsbedarf in der Optimierung der Suchtberatung, Sucht, die in den letzten Jahren mit ganz vielen neuen Inhalten gefüllt wurde. Ja, wir müssen hinschauen und die richtigen Massnahmen für die Prävention und die Begleitung zur Verfügung stellen. Die Mitte legt grossen Wert darauf, dass in all den Aufgaben mit den ambulanten Bereichen, im Netzwerk Hausärzte, Spitex, Spital, und mit den verschiedenen therapeutischen Angeboten gezielter zusammengearbeitet wird und so die

integrierte Versorgung gestärkt wird. So wird auch die Förderung der verschiedenen ambulanten Leistungsangebote unterstützt, zum Beispiel die Spitex Psychiatrie, Hausarztpraxen in Kombination mit Psychiater usw. Die Verteilung von Behandlung und Therapie muss in allen Konkordatskantonen angestrebt werden, so wie es im Bericht beschrieben ist. Die Mitte ist erfreut über den ausführlichen Bericht und die darin genannten Massnahmen über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern und dankt der Regierung und all den Mitwirkenden für das grosse Werk, das der weiteren Entwicklung der psychiatrischen Versorgung im Kanton Luzern eine entscheidende Richtung gibt. Die Mitte-Fraktion unterstützt die vorliegenden Anträge der GASK, aber die Anträge von Pia Engler und Bernhard Steiner, welche nachträglich eingereicht wurden, lehnen wir ab. Den vorliegenden Planungsbericht über die psychiatrische Versorgung werden wir zustimmend zur Kenntnis nehmen. Das Postulat P 496 von Pia Engler werden wir unterstützen. Diese Forderung ist im Bericht enthalten. Auch wissen wir, dass Fachkräfte eingestellt würden, wenn sie vorhanden wären.

Für die SVP-Fraktion spricht Jasmin Ursprung.

Jasmin Ursprung: Die Auslastung in der Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrie ist hoch, und dadurch werden die Wartezeiten immer länger. Lange Wartezeiten können das Krankheitsbild verschlechtern und somit eine längere und mühsamere Behandlung provozieren. Wir sehen hier eindeutig Handlungsbedarf und begrüssen die engere Zusammenarbeit mit den Hausärztinnen und Hausärzten sowie einen sinnvollen Ausbau des Personals. Dieser Ausbau sollte jedoch bedarfsgerecht sein, Personal auf Vorrat wollen wir nicht. Zudem ist es uns ein grosses Anliegen, nicht nur einfach Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, sondern auch Lösungen anzustreben, um den schweizerischen Nachwuchs zu fördern. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass so weit wie möglich die Finanzierung aus dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu ermöglichen ist. Der Kanton sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die entsprechenden Tarife kostendeckender werden. Ergänzende Finanzierungen durch den Kanton sind nur situativ zu erhöhen und müssen den üblichen Budgetprozess durchlaufen. Den Grundsatz «ambulant vor stationär» unterstützen wir. Was wir jedoch nicht wollen, sind Ambulatoriumskapazitäten auf Vorrat. Deshalb unterstützen wir primär den Einsatz der integrativen Versorgung mit einem Einbezug des hausärztlichen Netzes. Ein sinnvolles Kriseninterventionszentrum begrüssen wir. Mit dieser Triagestelle kann somit optimal auf Notfälle sowie die Förderung von «ambulant vor stationär» hingearbeitet werden. Aus all diesen Gründen werden wir auch dem Postulat P 496 zustimmen. Den eingebrachten Anträgen werden wir mit Ausnahme der Anträge 1 und 4 folgen. Diese beiden Anträge werden wir ablehnen, weil wir es nicht als fair erachten, einzelne Berufsgruppen finanziell zu bevorteilen. Zudem ist es die Aufgabe der Leistungserbringer, mit den Versicherungen faire Tarife auszuhandeln. Da erst beim jeweiligen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) über die detaillierten Kosten entschieden wird, nehmen wir den gesamten Planungsbericht grundsätzlich zustimmend entgegen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir bedanken uns bei der Regierung und den Fachpersonen für die Vorbereitung und die Begleitung in der Kommission.

Für die FDP-Fraktion spricht Helen Schurtenberger.

Helen Schurtenberger: Es gibt immer mehr Menschen, welche psychisch erkranken. Die Gründe sind vielschichtig. Viele können dem grossen Leistungsdruck am Arbeitsplatz nicht mehr standhalten. Die dauernde Erreichbarkeit und die immer geringer werdende Erholungszeit schwächen die psychische Gesundheit vieler. Es zeigt sich auch, dass immer mehr Kinder und Jugendliche psychische Probleme aufweisen. Dies hat zum Teil die gleichen Gründe, die schon erwähnt wurden. Es ist bekannt, dass viele Kinder und Jugendliche dem Leistungsdruck der Schule nicht mehr standhalten können. Hinzu kommt die Überreizung durch die sozialen Medien. Die Corona-Pandemie hat die Problematik noch verschärft. Es ist klar eine Zunahme zu verzeichnen. Deshalb sind wir erfreut, dass der Regierungsrat den Vorstoss von Yvonne Zemp Baumgartner betreffend bedarfsgerechte Angebote der Luzerner Psychiatrie umgesetzt hat. Der vorliegende Planungsbericht ist sehr ausführlich und interessant und nimmt grossmehrheitlich die Forderungen der diversen

Vernehmlassungsantworten auf. In der Botschaft wird aufgezeigt, dass man sich mit den verschiedenen Themen befasst und auseinandergesetzt hat. Die Fachgruppe, welche aus den operativen Bereichen breit zusammengesetzt war, konnte aufzeigen, welche Bereiche ausgebaut werden müssen. Der Bericht gibt einen Einblick, welche Angebote es jetzt im stationären und ambulanten Bereich gibt und welche Angebote in Zukunft ausgebaut werden sollen. Es ist erwiesen, dass lange Wartezeiten bei Menschen mit einer psychischen Erkrankung zu einer Verschlechterung führen. Klienten teilen oft mit, dass sie bis zu drei Monate warten müssen, bis sie einen Ersttermin in einer Tagesklinik erhalten. Die Wartefristen müssen abgebaut werden. Diese Problematik ist erkannt, und die Stellen sowie die Angebotspalette werden ausgebaut. Es wird weiter aufgezeigt, dass weitere Massnahmen wie zum Beispiel die Suchtberatung mit ihren diversen Facetten optimiert werden. Der Fachkräftemangel im psychischen Bereich ist gross. Wir unterstützen die Ausbildungsoffensive in diesem Bereich. Es ist aber auch wichtig, dass gute Anstellungsbedingungen geschaffen werden. Wir finden es wichtig, dass auch Teilzeitstellen geschaffen werden, damit Familie und Beruf miteinander vereinbart werden können. Die Zusammenarbeit mit den diversen Playern, sei es mit der Spitex, den Hausärzten oder weiteren therapeutischen Anbietern, soll intensiviert und so die integrierte Versorgung gestärkt werden. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Konkordatskantonen Obwalden und Nidwalden, welche bereits funktioniert, begrüßen wir. Im psychiatrischen Bereich sind die Kosten hoch und die Finanzierung zunehmend eine Herausforderung. Deshalb ist es notwendig, dass die GWL angehoben werden. Die FDP unterstützt es, dass ein Kriseninterventionszentrum aufgebaut wird. Auch den Aufbau eines Traumazentrums unterstützen wir. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieses nicht ausschliesslich für Asylsuchende eingerichtet werden sollte. Oft erleben auch Kinder- und Jugendliche traumatisierende Situationen. Der Bericht nimmt viele Themen auf, welche in der Vernehmlassung gefordert wurden. Wir sind aber der Meinung, dass folgend Themen, welche in Zukunft wichtiger werden, nicht aufgenommen wurden: das Thema der Psychosomatik und die Forensische Psychiatrie. Die FDP bedankt sich bei der Regierung für die Schaffung dieses Berichtes. Die FDP-Fraktion tritt auf den Planungsbericht ein und nimmt diesen zustimmend zur Kenntnis. Ich äussere mich gleich zu den Anträgen und dem Postulat P 496. Die FDP wird die beiden neuen Anträge von Pia Engler und Bernhard Steiner grossmehrheitlich ablehnen. Wir werden die Anträge unterstützen, welche in der GASK behandelt wurden. Wir unterstützen zudem das Postulat P 496 von Pia Engler über die Stellenaufstockung in den Ambulatorien der Luzerner Psychiatrie. Dieses Thema wird im Bericht aufgenommen und ist sehr wichtig.

Für die SP-Fraktion spricht Pia Engler.

Pia Engler: Im Juni 2018 hat der Kantonsrat das Postulat P 458 von Yvonne Zemp Baumgartner über bedarfsgerechte Angebote in der Luzerner Psychiatrie überwiesen und den vorliegenden Bericht eingefordert. Wir danken der Verwaltung und auch den Personen aus der Echogruppe, die an dem umfassenden und aussagekräftigen Bericht mitgearbeitet haben. Er zeigt auf, wo die psychiatrische Versorgung heute steht, welcher Bedarf auf die Psychiatrie zukommt und wofür sich die Psychiatrie der Zukunft rüsten muss. Der Bedarf an psychiatrischen Leistungen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Im ambulanten Bereich wird ein Bedarfsanstieg mit einem jährlichen Wachstum von 12 Prozent prognostiziert. Die Inanspruchnahme der psychiatrischen Leistungen im Versorgungsverbund ist im gesamtschweizerischen Vergleich tief, man geht aber davon aus, dass diese wachsen werden. Die Psychiatrie steht also vor einer grossen Herausforderung, und es muss jetzt gehandelt werden. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass die Versorgungsregion Luzern-Obwalden-Nidwalden schweizweiten Modellcharakter hat. Die grössten Herausforderungen sind die langen Wartezeiten in den Ambulatorien der Erwachsenen- und Alterspsychiatrie und der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Fachkräftemangel und die Finanzierung der Leistungen. In Fachkreisen gilt eine längere Wartezeit von mehr als drei bis vier Wochen bis zum Start einer ambulanten Behandlung als Unterversorgung. Wir haben Wartezeiten von mehreren Wochen bis zu neun Monaten. So

lange dauert es heute, bis ein Kind abgeklärt werden kann, das an einer Autismus-Spektrum-Störung leidet. In dieser Zeit sind viele Sorgen, Ängste und Nöte von Kind, Eltern und Umfeld auszuhalten. Diese Zeit ist für Betroffene unerträglich lang, und Entlastung tut Not. Es sind zum Abbau der Wartezeiten rund 32 Stellen in den kommenden drei Jahren geplant. Gemäss Erhebung im Bericht handelt es sich bei den 32 Stellen jedoch nur um die minimale Variante, damit kann nur der Zugang zur Behandlung verbessert werden. Um jedoch die angestrebte Wartezeit von drei bis vier Wochen zu erreichen, müssten rund 90 Stellen geschaffen werden. Das heisst die Unterversorgung bleibt länger bestehen, wenn es nicht mit weiteren Massnahmen gelingt, die Situation zu entschärfen. Das bereitet uns Sorgen, und darum ist es dringend angezeigt, dass das Thema der langen Wartezeiten im KJPD mit einer externen Fachstelle analysiert wird und man genauer hinschaut, was diese Entwicklung begünstigt hat und was man tun muss, um dies zu verändern. Die SP erwartet, dass man Massnahmen trifft, damit sich ein ähnliches oder gleiches Szenario nicht wiederholen kann. Es sollen zusätzliche Massnahmen wie die Schaffung eines Kriseninterventionszentrums, der Ausbau der Fachsprechstunden, die Schaffung eines Traumazentrums und die Schaffung eines spezifischen Angebots für die Behandlung von Menschen mit geistiger Behinderung geschaffen werden. Es besteht eine grosse Nachfrage nach entsprechenden Angeboten, die heute entweder nicht angeboten werden oder nur ausserkantonale zugänglich sind. Die SP unterstützt die Angebotserweiterung für eine qualitativ hochstehende Psychiatrieversorgung. Die SP unterstützt ebenfalls die Überprüfung der Angebotsstruktur der Fachstellen im Suchtbereich. Die heutigen Strukturen sind nicht mehr zeitgemäss und nicht mehr adäquat. So ist die Aufteilung in legale und illegale Suchtmitteln nicht mehr «state of the art». Es gibt heute auch unterschiedliche Eintrittsschwellen bei den zuständigen Stellen, und die Angebotsorganisation ist sehr unübersichtlich, sodass es heute immer wieder vorkommt, dass Personen von einer Stelle zur nächsten triagiert werden, bevor sie bei der richtigen Stelle angekommen sind. Dass es für Minderjährige keine spezifische Suchtberatungsstelle gibt, ist unserer Auffassung nach ein Defizit, das es zu beheben gilt. Die Suchtabhängigkeit kann schon in jungen Jahren beginnen, denken wir an Konsumsucht, Gamesucht, Esssüchte, aber auch Medikamentensucht, um nur einige zu nennen. Darum sollen schon Jugendliche wie Erwachsene Zugang zu einer spezialisierten Suchtberatungsstelle haben. Zudem sollte die Berufsschülerin, die in der Stadt die Lehre absolviert und auf dem Land wohnt, ein Angebot in der Nähe des Lehrbetriebs aufsuchen können und nicht einen halben Tag frei nehmen müssen, damit sie die zuständige Beratung an ihrem Wohnort aufsuchen kann. Das Gleiche gilt für Erwachsene. Die SP bedauert es, dass im Bericht kaum auf die Situation der Angehörigen von psychisch Erkrankten eingegangen wird. Psychische Erkrankungen bedeuten eine hohe emotionale Belastung für alle Betroffenen, im Besonderen auch für die Angehörigen. Informationen, Vernetzung und der Kontakt mit anderen Betroffenen helfen, mit schwierigen Situationen besser umzugehen. Die Psychiatrischen Dienste Bern zum Beispiel bieten aus diesem Grund eine breite Palette von Angeboten wie Beratung, Gruppenangebote und Informationsveranstaltungen für Angehörige an. Der Bericht weist für uns eine Einseitigkeit dahingehend auf, dass bei der Wahl der Massnahmen der Hebel nur bei den kantonseigenen Betrieben angesetzt wird. Diese haben für uns auch Priorität, wir vermissen jedoch den Gesamtblick und Hinweise, wie die Zusammenarbeit der verschiedenen Angebote, auch mit jenen ausserhalb der kantonalen Strukturen, weiter gefördert werden kann. Aus unsere Sicht müsste das Potenzial der prä- respektive sozialpsychiatrischen Leistungserbringung noch mehr in den Fokus gerückt und gestärkt werden. Die Herausforderungen können nicht allein bewältigt werden, es braucht für eine gute Versorgung verschiedene Leistungserbringer, die sich ergänzen und koordiniert werden. Damit sich aber mehr Leistungserbringer in Luzern niederlassen, müssen die Bedingungen attraktiver gestaltet werden. Der Kanton könnte Plattformen bieten und seine Rolle als Koordinator, Möglichmacher, Vernetzer oder Initiator dafür einsetzen. Eine Vielzahl von weiteren wichtigen Leistungserbringern ergänzen das Basisangebot zu einem eigentlichen Versorgungsnetzwerk Psychiatrie, gerade auch für Kinder- und Jugendliche.

Hier machen schulunterstützende Dienste wie Schulpsychologische Dienste (SPD), Schulsozialarbeit sowie Jugend- und Familienberatungen, um nur einige zu nennen, eine wichtige ergänzende Arbeit. Diese erbrachten sozialpsychiatrischen Leistungen sind für die betroffenen Kinder und Familien enorm entlastend und wichtig. Es fehlt aber auch diesen Diensten oft an Ressourcen, und so gibt es auch zum Beispiel beim Schulpsychologischen Dienst einen Behandlungsstau. Entlastung kann also nur erfolgen, wenn auch diese Leistungserbringer gestärkt werden. So können zum Beispiel Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche ein erfolgreiches und effizientes Modell sein, die Finanzierung ist aber ungenügend, und darum ist die Angebotsentwicklung für Private oft zu unattraktiv. Die Regierung soll deshalb Wege aufzeigen, wie eine bessere künftige Finanzierung erfolgen könnte. Auch integrative Modelle sind vielversprechend, und dort, wo sie bereits eingesetzt werden, sind sie erfolgversprechend. Der Bericht zeichnet einen Weg auf, wie man aus dieser Unterversorgung kommen will. In den kommenden drei Jahren sind rund 49 Vollzeitstellen vorgesehen. Der Bericht sieht zwar eine Etappierung in der Umsetzung vor, er lässt aber offen, wie man dem Fachkräftemangel begegnen will. Die Lups hat den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) angenommen, und mit der grossen Zustimmung zur Pflegeinitiative ist der Auftrag klar. Es braucht gute Anstellungsbedingungen, Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie interessante berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, und es muss in die Ausbildung investiert werden. Die Umsetzung dieser Anliegen ist prioritär voranzutreiben. Es ist notwendig, dass man jetzt mehr GWL ausschüttet, um den Fachkräftemangel angehen und die notwendigen Leistungen auf- und ausbauen zu können. Der Kanton ist dazu wirtschaftlich in der Lage. Wir sehen heute, was passiert, wenn die notwendigen Massnahmen nicht ergriffen werden, die Behandlungsangebote ungenügend ausgestattet sind und es an Personal fehlt. Der vorgezeichnete Weg entspricht keiner Luxus-, sondern einer Minimalvariante. Um eine moderne, qualitativ hochstehende Psychiatrie anbieten zu können und eine attraktive Arbeitgeberin zu sein, bei welcher man gerne arbeitet, sind die Massnahmen nun konsequent an die Hand zu nehmen und umzusetzen. Die SP erwartet, dass die notwendigen Massnahmen zügig an die Hand genommen werden. Ein weiteres Zuwarten können wir nicht verantworten. Für die Weiterentwicklung der Psychiatrie sind die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen die Prüfung eines Modells, wie zukünftig die ambulanten psychiatrischen Leistungen besser abgegolten werden können. Ohne die Anpassung der Abgeltung der ambulanten Leistungen könnte die finanzielle Substanz der Lups mittelfristig existenziell bedroht werden; das gilt es unbedingt zu vermeiden. Wir danken, dass unsere Anträge in der GASK unterstützt worden sind und stimmen diesen zu. Die SP-Fraktion tritt auf die Botschaft ein und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Ich spreche gleich zu den beiden Anträgen von mir und Bernhard Steiner. Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig und mitunter ein Grund, dass die notwendigen Stellen, die dringend gebraucht werden, nicht innert nützlicher Frist besetzt werden können. Es fehlen verschiedene Fachpersonen wie ärztliche und nicht ärztliche Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Psychologinnen und Psychologen, aber auch in anderen Bereichen der Psychiatriepflege. Es ist nicht ersichtlich, wie der Kanton auf diesen Fachkräftemangel reagieren will. Es sind in den nächsten drei Jahren rund 50 Stellen zu besetzen. Der Bericht sieht zwar eine Etappierung in der Umsetzung vor, er lässt aber offen, wie man dem Fachkräftemangel begegnen will. Die Lups hat in der Urabstimmung diesen Herbst den GAV angenommen, und mit der grossen Zustimmung zur Pflegeinitiative ist der Auftrag klar. Es braucht gute Anstellungs- und Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass die Fachpersonen in einem anspruchsvollen Umfeld wie der Psychiatrie eine gute Arbeit leisten können. Es sind auch Lösungen zu suchen, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht weiter nur eine Idee, sondern Realität wird. Es muss auch in die Aus- und Weiterbildung investiert werden. Die berufliche Entwicklung und Perspektivmöglichkeiten in einem Betrieb sind wichtige Faktoren, um die guten Fachleute weiter fördern und im Betrieb halten zu können. Der Kanton ist jetzt gefordert, mit innovativen Ansätzen dafür zu sorgen, dass wir diese Lücke schliessen und auch in Zukunft

die notwendigen Fachpersonen anstellen können. Den Antrag von Bernhard Steiner, welcher bei der ärztlichen Ausbildung ansetzt, unterstützt die SP-Fraktion. Wir finden es richtig, dass wir bedarfsgerecht ausbilden und eine Einschränkung wie ein Numerus clausus überprüft wird. Die Zulassung zum Medizinstudium mit dem heutigen Numerus Clausus hat keine Berechtigung mehr, weil wir es uns nicht leisten können, fähige und motivierte Studierende aufgrund dieses Steuerungsinstrumentes zu verlieren. Eine Steuerung zur Zulassung zu diesem Studium müsste so oder so über eine Eignungsprüfung erfolgen und nicht über den Numerus clausus. Allerdings ist die «Lockerung» des Numerus clausus kein Garant für mehr Studierende für das psychiatrische und kinder- und jugendpsychiatrische Studium. Wir sind überzeugt, dass es weitere Schritte braucht, um die Attraktivität des Berufs der Psychiaterin und des Psychiaters zu steigern. So bietet das heutige Tarifsystem wenig Anreiz, sich in Luzern niederzulassen und sich als Psychiater und Psychiaterin in Luzern zu betätigen, und für Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater ist das Tarifsystem nochmals schlechter. Es müssen Wege aufgezeigt und gefunden werden, wie diese hinderlichen Steuerungselemente verändert werden können.

Für die G/JG-Fraktion spricht Hannes Koch.

Hannes Koch: Die Grünen und Jungen Grünen danken der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung des ausführlichen und aufschlussreichen Planungsberichtes über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern. Der Bericht zeigt eindrücklich die Entwicklung in der psychiatrischen Versorgung und deren Fachkräftemangel sowie die Herausforderungen in der Finanzierung. Wir sind der Meinung, dass der Bericht ein übersichtliches und aussagekräftiges Bild ergibt. Die unterdurchschnittliche Inanspruchnahme der Leistungen im schweizweiten Vergleich im Verhältnis zur Angebotsauslastung und die damit verbundenen Wartezeiten sind beachtlich, und es gilt sie weiter zu verbessern und zu korrigieren. Die G/JG-Fraktion unterstützt dementsprechend auch das Postulat P 496 von Pia Engler über die Stellenaufstockung in den Ambulatorien der Luzerner Psychiatrie, welches auf dem bereits überwiesenen und sich in Umsetzung befindenden Postulat P 435 der G/JG-Fraktion basiert, das den Kanton auffordert, die Lups zu unterstützen, damit die Wartezeiten verkürzt werden. Die heutige Praxis, welche auch durch die Corona-Pandemie verstärkt wird, zeigt, dass psychiatrische Unterstützung zunehmend gebraucht wird. Dementsprechend gilt es, dass wir uns auf die Zukunft vorbereiten müssen. Dazu zeigt der Bericht Massnahmen auf, die wir unterstützen. Wir begrüßen die überkantonale Zusammenarbeit mit den Kantonen Obwalden und Nidwalden, welche sich bereits bewährt hat. Wir sind überzeugt, damit eine gute Versorgung gewährleisten zu können. Die Finanzierung der psychiatrischen Leistungen sind eine Herausforderung. Speziell im ambulanten Bereich herrscht seit Jahren eine Unterfinanzierung. Dies ist bekanntlich auch in der Somatik der Fall. Hier gilt es unbedingt dranzubleiben. Der Fachkräftemangel ist auch aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen eine der grössten Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Dazu ist es zentral, die Ausbildung voranzutreiben und gute Anstellungsbedingungen und Lösungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie interessante berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Dies hat jedoch wiederum mit der Finanzierung der Leistungen zu tun, welche wie vorhin angesprochen nicht ausreichend ist und die durch den Kanton über die GWL mitfinanziert werden müssen. Um die Versorgung zu sichern und die Wartezeiten zu reduzieren, sind die 32 zusätzlichen therapeutischen Fachstellen unbedingt zu finanzieren und zu besetzen. Natürlich müssen die Fachpersonen gefunden werden, aber es ist wichtig, dass wir die Rahmenbedingungen dazu zur Verfügung stellen. Die Wartezeiten sind bei den Kindern und Jugendlichen speziell zu reduzieren. Dafür sind die zusätzlichen Stellen notwendig. Zudem erachten wir es als wichtig, dass spezialisierte Angebote erstellt werden. Die G/JG-Fraktion unterstützt den Aufbau eines Kriseninterventions- und eines Traumazentrums. Beim Traumazentrum erachten wir es als richtig, dass dieses nicht ausschliesslich für Asylsuchende eingerichtet wird, sondern für die Allgemeinheit. Wir sind der Meinung, dass der Kanton nicht «nur» in seinen Organisationen aktiv werden sollte, sondern auch bei weiteren Institutionen, welche sich für die psychiatrische Versorgung

engagieren, wie Spitex, Pflegeheime und andere Organisationen. Schlussendlich ist die psychiatrische Versorgung ein kantonales Thema, das von den Gemeinden und vom Kanton bewirtschaftet und geleistet wird. Es muss gewährleistet werden, dass in allen Gemeinden des Kantons Luzern eine gleich gute Versorgung möglich ist. Die Grünen und Jungen Grünen unterstützen die Anträge der GASK wie auch die von Pia Engler und Bernhard Steiner. Wir sind überzeugt, dass wir mit der Lups eine professionelle Institution für die psychiatrischen Themen im Kanton Luzern haben. Der Psychiatriebericht zeigt den Weg in die Zukunft, aber damit dieser möglich wird, muss der Kanton die finanziellen Mittel sprechen. Die Lups ist einmal mehr eine Institution, welche als effizient und kostengünstig angepriesen wird. Solche Vorzeigebispiele haben wir auch in anderen Bereichen im Kanton Luzern, zum Beispiel in der Bildung. Schlussendlich tragen sie aber einfach ein sehr enges Korsett, und das hat nichts mit Effizienz zu tun. Es ist wichtig, dass wir im richtigen Moment die Schnürung lockern, dass man gut atmen und arbeiten kann. Die G/JG-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und ist für zustimmende Kenntnisnahme des Planungsberichtes. Zudem werden wir auch das Postulat P 496 unterstützen.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser Barmettler.

Claudia Huser Barmettler: Für die GLP ist es klar, dass die aktuelle Situation mit den langen Wartezeiten sowohl im Erwachsenen- wie auch im Kinder- und Jugendbereich nicht länger haltbar sind. Die notwendige Aufstockung um rund 30 Stellen erachten wir als dringend angezeigt, insbesondere in der ambulanten Psychiatrie. In der gegenwärtigen Pandemiesituation wird uns die Unhaltbarkeit der aktuellen Situation deutlich vor Augen geführt. Die GLP gibt zu bedenken, dass sich die unbehandelten psychischen Probleme während der äusserst langen Wartezeit verschlimmern können, sodass die anschliessenden Therapien um ein Vielfaches länger und teurer werden. Für die weitere Entwicklung sehen wir neben der Aufstockung des Personals in erster Priorität eine Fokussierung auf die vor- und nachgelagerten Angebote, dies mit dem Ziel, zum einen die Eintrittsschwelle zu reduzieren und zum anderen zugleich die Wirkung der angebotenen Massnahmen nachhaltiger zu verankern. Für die GLP heisst das konkret, dass das Konzept des Kriseninterventionszentrums unbedingt voranzutreiben ist. Wir begrüessen für den psychiatrischen Bereich explizit den Ansatz «ambulant vor stationär». Es ist wegweisend, dass die Klientinnen und Klienten wenn immer möglich in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können und auch das Umfeld als Ressource für die Genesung und die Therapie einbezogen wird. Des Weiteren möchten wir den Anlass nutzen, um insbesondere der Lups für ihre kontinuierlichen Optimierungsbemühungen der letzten Jahre zu danken. Wir anerkennen, dass die Lups vergleichsweise effizient und kostengünstig unterwegs ist und zugleich eine sehr hohe Qualität aufweist. Die Schliessung der Deckungslücke ist aber angezeigt, und die mittelfristige Finanzierung muss durch den Kanton ausgeglichen sein. Da warten wir jetzt gespannt auf die Auslegeordnung, welche die Regierung aktuell ausarbeitet. Erfreut sind wir, dass mit dem Schritt zum Master in Medizin an der Universität Luzern auch eine bessere Ausgangslage für die künftige Niederlassung von Psychiaterinnen und Psychiatern geschaffen wird. Die Vorgehensweise, den Bericht mit einer Gruppe von Fachleuten zu erarbeiten, begrüessen wir von Anfang an sehr. Die umfassende und fundierte Sicht und die Bewertung der Massnahmen beurteilen wir als sehr gute Grundlage für die weitere politische Arbeit. Wir erachten es als notwendig, dass künftig regelmässig auch die Psychiatrieplanung ein Teil der Gesundheitsplanung ist. Abschliessend können wir festhalten, dass wir die Anträge der GASK unterstützen werden. Mit diesen Bemerkungen geben wir wichtige Fokussierungen und Schwerpunkte vor, welche die Regierung in den nächsten Jahren beachten sollte. Zu den zusätzlichen Anträge nehme ich gerne jetzt Stellung. Den Antrag von Pia Engler unterstützen wir. Mit dem Bericht gehen wir bereits in diese Richtung, es ist aber aufgrund der gravierenden Situation angemessen, der Regierung mit auf den Weg zu geben, dass wir die Stellen gerade auch bei der Lups besetzen müssen. Wir müssen Fachleute finden, damit wir die Wartezeiten vermindern können. Den Antrag von Bernhard Steiner lehnen wir ab. Wir sind mit Bernhard Steiner darin einig, dass es in Luzern zu wenig Psychiaterinnen und Psychiater gibt. Wie aber bereits gesagt, haben wir hier mit



dem Master in Medizin den Hebel richtig angesetzt. Es harzt aber auch richtig bei der Attraktivität des Berufs der Psychiaterin oder des Psychiaters in Luzern. Der Taxtpunktwert ist kantonal vergleichsweise tief. Ich glaube, das müsste man anschauen, dies muss aber in den Verhandlungen zwischen Krankenversicherern und Fachverband ausgehandelt werden. Wir können den Hebel bei der Ausbildung der Psychiaterinnen und Psychiater ansetzen, und das haben wir mit dem Master in Medizin gemacht. Es wäre aus meiner Sicht der vergleichsweise lange Ausbildungsweg von Psychotherapeutinnen und -therapeuten auf nationaler Ebene anzuschauen. Ist dieser wirklich angemessen? Das ist mitunter ein Grund, warum sich viele Psychologinnen und Psychologen gar nicht auf diesen Weg begeben. Das Postulat P 496 von Pia Engler werden wir erheblich erklären, denn diese Stellen müssen jetzt besetzt werden. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Das Postulat P 496 werden wir erheblich erklären und den Antrag von Bernhard Steiner ablehnen.

Guido Graf: Zuerst danke ich allen Fraktionssprecherinnen und -sprechern für ihre Eintretensvoten. Der letzte eigenständige Planungsbericht über die Psychiatrie im Kanton Luzern wurde 1995 erstellt. Danach war die psychiatrische Versorgung jeweils Teil der Gesamtplanung der Gesundheitsversorgung, zuletzt im entsprechenden Planungsbericht aus dem Jahr 2015. Der Kantonsrat hat uns 2018 einstimmig beauftragt, wieder einen speziellen Planungsbericht zur Psychiatrie im Kanton Luzern zu erstellen. Dieser liegt nun vor. Der Kanton Luzern verfügt über eine qualitativ solide psychiatrische Grundversorgung. Neben der Lups setzt sich ein breites Netzwerk von Institutionen, Fachpersonen und Angehörigen für Menschen mit einer psychischen Erkrankung ein. Der vorliegende Planungsbericht über die Versorgung im Kanton Luzern zeigt auf, dass die Luzerner Bevölkerung im Vergleich weniger psychiatrische Leistungen in Anspruch nimmt als der Durchschnitt der Schweizer Bevölkerung. 30 Prozent aller stationären Behandlungen von Luzernerinnen und Luzernern erfolgen zudem ausserkantonale. Die Auslastung der Behandlungsangebote im Kanton Luzern ist hoch. Die Bettenbelegung der Lups liegt bei rund 100 Prozent. Auch sind die Wartezeiten in den Lups-Ambulatorien sehr lange. Zudem sind auch die niedergelassenen Psychiaterinnen und Psychiater sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten stark ausgelastet. Der Bedarf an psychiatrischen Leistungen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen einerseits wegen der Demografie und andererseits wegen neuer Krankheitsbilder wie Stressfolgeerkrankungen wie Burnouts, neue Verhaltenssuchte wie Medienkonsum usw. Jetzt hat auch Covid 19 zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Behandlungen geführt. Die zentralen Herausforderungen in der Psychiatrieversorgung sind der Fachkräftemangel, die integrierte Versorgung und die Sicherstellung einer fairen Leistungsabgeltung im ambulanten Bereich. Im Planungsbericht werden vier Schwerpunktmassnahmen aufgeführt, die einen wichtigen Einfluss auf eine zukünftige, adäquate Psychiatrieversorgung haben. Es sind dies die Verbesserung der Finanzierung im ambulanten Bereich, der Abbau von Wartezeiten in den Ambulatorien, der Ausbau von Fachsprechstunden in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie ein Konzept für ein Kriseninterventionszentrum. Ausserdem werden ergänzende Massnahmen erwähnt wie beispielsweise die Optimierung der Suchtberatung. Mit dem Schwerpunkt auf dem Ausbau des ambulanten Angebots, insbesondere in der Lups, nimmt der Planungsbericht auch das Anliegen des Postulats P 496 von Pia Engler auf. Diese Massnahmen sind selbstverständlich nicht gratis zu haben. Aus meiner Sicht ist dies jedoch sehr gut investiertes Geld, denn durch eine rechtzeitige Behandlung der psychischen Leiden können oftmals Folgekosten zulasten der Sozialversicherungen vermieden werden. Umso zufriedener bin ich, dass der Kantonsrat anlässlich des Budgets 2022 bereits erste Mittel gesprochen hat. Ich möchte an dieser Stelle der GASK unter der Leitung ihres Präsidenten Jim Wolanin für die engagierte und kompetente Vorberatung des Planungsberichtes ganz herzlich danken. Wir beantragen, auf die Botschaft einzutreten und den Planungsbericht über die Psychiatrieversorgung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Bemerkung Engler Pia zu S. 51 / 6.2.4 Attraktivität für Fachkräfte: Der Kanton ergreift

Massnahmen, um den Fachkräftemangel im Bereich der psychiatrischen Versorgung (insbesondere im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie) zu beheben, und stellt entsprechende Mittel zur Verfügung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich wäre froh gewesen, wenn Kantonsrätin Pia Engler noch etwas dazu gesagt hätte. Ich beziehe mich jetzt auf Ihr Eintretensvotum. Das hier geäusserte Anliegen ist sicher richtig, aber es wäre falsch, das Anliegen allein auf den Bereich der psychiatrischen Versorgung zu beschränken beziehungsweise die psychiatrische Versorgung bevorzugt zu behandeln. Wir beantragen mit diesem Bericht bereits sehr viele Massnahmen und die dazu notwendigen Mittel, um die psychiatrische Versorgung zu verbessern. Das wollen und müssen wir. Trotzdem bitte ich Sie im Namen der Regierung, diese Bemerkung abzulehnen. Dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist ein dringendes Anliegen, das von allen Beteiligten noch verstärkt beachtet werden muss. Dazu gehört insbesondere auch, dass den ambulanten und stationären Institutionen kostendeckende Tarife bezahlt werden. Wir brauchen mehr Mittel. Hier ist Bundesbern auch gefordert.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 74 zu 40 Stimmen ab.

Bemerkung Steiner Bernhard zu S. Allgemein: Der Kanton unterstützt Verbesserungen in der ärztlichen Ausbildung, wie beispielsweise die Lockerung des «Numerus clausus», damit mehr Medizinstudenten nach dem Studium die psychiatrische und kinder- und jugendpsychiatrische Ausbildung absolvieren können, um genügend Psychiaterinnen und Psychiater für die Spitäler und ambulant tätigen Praxen auszubilden.

Bernhard Steiner: In der Schweiz bildet man zu wenig Mediziner aus. Das bewegt die Schweizer Bürgerinnen und Bürger seit Jahrzehnten. Teilweise können wir den Mangel durch Rekrutierungen aus dem Ausland kompensieren. Mittlerweile arbeiten bereits 40 Prozent der Ärzte in den Schweizer Spitälern mit einem ausländischen Diplom. Doch die Quellen versiegen langsam, und manchmal können die offenen Stellen nicht mehr besetzt werden, vor allem in der Psychiatrie und der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das ist aber nur ein Teil des Problems. Dass die Psychiatrie für viele Ärzte weniger attraktiv ist, ist ein alt bekanntes Problem und hat verschiedene Gründe. Sicher spielt das Geld eine Rolle, andere medizinische Fächer sind finanziell interessanter. Es spielt aber auch eine Rolle, wie der Zugangstest zum Medizinstudium, der sogenannte Numerus clausus, gemacht wird. Da sind die emotionalen und sozialen Kompetenzen deutlich weniger gefragt und kommen zu kurz. In diesem Sinn ist es für den Kanton Luzern eine Daueraufgabe, genügend Ärztinnen und Ärzte und somit auch genügend Psychiaterinnen und Psychiater auszubilden. Ich bitte Sie darum, die vorliegende Bemerkung zu unterstützen, damit wir den Mangel an Fachärzten an der Wurzel packen können mit mehr Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Jim Wolanin.

Jim Wolanin: Diese Bemerkung lag der GASK nicht vor, somit gilt das ordentliche Verfahren.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wir haben eigentlich genügend Ärzte, nur die falschen. Das ist Tatsache. Man muss sich aber sicher auch fragen warum. Der Kanton Luzern fördert bereits mit verschiedenen Massnahmen die psychiatrische Ausbildung für angehende Ärztinnen und Ärzte. Ich erinnere hier vor allem an die Rotationsstellen bei Luzern Curriculum und den Miteinbezug der Psychiatrie in den Masterstudiengang, den die Universität Luzern zusammen mit der Universität Zürich anbietet. Wir sind hier tatkräftig im Einsatz. Eine Lockerung des Numerus clausus, wie das gefordert wurde, würde kaum etwas nützen, weil die Studentinnen und Studenten nicht angeben können oder müssen, in welchem Fachbereich sie sich später spezialisieren wollen. Ich beantrage Ihnen, diese Bemerkung abzulehnen, und verweise zudem auf die Ausführungen zur soeben behandelten Bemerkung von Pia Engler

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 58 zu 54 Stimmen ab.

Bemerkung GASK zu S. 77 / 7 Massnahmen in der Übersicht Nr. 2 - Abbau Wartezeiten

Ambulatorium: Der Kanton unterstützt spezifische therapeutische Angebote und nutzt das Potential privater qualifizierter Angebote, die Kinder, Jugendliche und Familien entlasten, bis die langen Wartezeiten beim KJPD abgebaut sind.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Das ist eine kluge Bemerkung der GASK, die Regierung unterstützt diese.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 113 zu 0 Stimmen zu.

Bemerkung GASK zu S. 77 / 7 Massnahmen in der Übersicht Nr. 2 - Abbau Wartezeiten Ambulatorium: Im Rahmen der Auslegeordnung der GWL des Postulats P 621 wird überprüft, welche psychotherapeutischen Leistungen erbracht und wie diese bisher abgegolten werden. Die Regierung zeigt einen Weg für eine künftig bessere Finanzierung auf.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Grundsätzlich unterstützen wir diese Bemerkung, ich erlaube mir trotzdem noch eine Anmerkung. Es gibt keine Rechtsgrundlage – auch das KVG schliesst das aus –, um gemeinwirtschaftliche Leistungen an niedergelassene Ärzte zahlen zu können. Wenn wir damit anfangen würden, private Angebote zu finanzieren, gäbe es eine ungewollte Konkurrenzsituation. Eine Auslegeordnung im Rahmen des GWL-Postulats, so wie das von der GASK gefordert wurde, kann allenfalls helfen, Handlungsbedarf in Bezug auf die Tarife und Abgeltungen der Leistungserbringer aufzuzeigen. In diesem Sinn unterstützen wir diese Bemerkung.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 93 zu 20 Stimmen zu.

Bemerkung GASK zu S. 78 / 7 Massnahmen in der Übersicht Nr. 3 - Kriseninterventionszentrum: Bei der Erarbeitung des Konzeptes sollen auch einschlägige Fachstellen einbezogen werden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Auch diese Bemerkung unterstützen wir. Der Einbezug aller einschlägigen Fachstellen und von Polizei, Justiz usw. ist zu gegebener Zeit sicher richtig und wichtig. Das Projektteam muss aber effizient arbeiten können, was gegen eine grosse Projektorganisation spricht. In diesem Sinn begrüßen wir diese Bemerkung.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 114 zu 0 Stimmen zu.

Bemerkung GASK zu S. 78 / 7 Massnahmen in der Übersicht Nr. 4 - Fachsprechstunden für Kinder und Jugendliche: Es ist zu prüfen, wie die schulunterstützenden Dienste mehr Entlastung bieten können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Diese Bemerkung unterstützen wir so.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 115 zu 0 Stimmen zu.

Bemerkung GASK zu S. 77 ff / 7 Massnahmen in der Übersicht: Der Kanton sorgt für Angebote für die Beratung der Angehörigen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Auch diesen Antrag unterstützen wir, ich habe aber dazu eine Bemerkung. Falls man wirklich eine solche Stelle will, müsste diese nicht der Lups angeschlossen sein. Das ist kein Kerngeschäft der Lups. Besser wäre eine Anbindung bei Traversa. Das würde aber auch heissen, dass Traversa vom Kanton einen zusätzlichen Auftrag bekommt, der finanziert sein muss.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 117 zu 0 Stimmen zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme des Planungsberichtes über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 118 zu 0 Stimmen zu.